



Peter Moser

## Personenfreizügigkeit unter Druck

Eine Analyse der Zürcher Resultate zur Masseneinwanderungsinitiative

Vier Vorlagen kamen am 9. Februar 2014 zur Abstimmung: der Bundesbeschluss über den Ausbau und die Finanzierung der Eisenbahninfrastruktur (FABI) wurde im Kanton Zürich mit 63.1% Ja deutlich angenommen; die Volksinitiative „Abtreibung ist Privatsache“ mit 29.9% ebenso klar abgelehnt. Knapper war das Resultat der einzigen kantonalen Vorlage, der Revision des Planungs- und Baugesetzes (PBG) mit 54.6% Ja.

Das interessierte am Sonntagnachmittag dann freilich nur wenige. Denn die Schlüsselvorgabe dieses Abstimmungssonntags war fraglos die Masseneinwanderungsinitiative der SVP, die im Kanton Zürich von 47.3% der Abstimmungsteilnehmer befürwortet wurde – bei einer Stimmbeteiligung von 57.7%. Im Kanton Zürich gab es seit 2000 nur zwei Termine, an denen die Beteiligung höher war. Für Spannung sorgte bereits die Dramaturgie der Auszählung. Da die kleinen, politisch konservativen Landgemeinden ihre Resultate zuerst übermitteln, sah es zu Beginn nach einer flächendeckenden Annahme der Initiative auch im Kanton Zürich aus: Um zwölf Uhr betrug der Ja-Stimmenanteil in den ausgezählten Gemeinden 56.4%. Die Hochrechnung des Statistischen Amtes nahm aber auch diesmal das Schlussresultat vorweg: die erste Schätzung zum selben Zeitpunkt lag nur etwa einen halben Prozentpunkt darunter. Und selbst auf eidgenössischer Ebene hing der äusserst knappe Ausgang des Urnengangs am späten Nachmittag schliesslich noch von den Zürcher und Berner Zahlen ab.

Das äusserst knappe schweizerische Endresultat (50.3% Ja-Stimmen) der Masseneinwanderungsinitiative stellt die Personenfreizügigkeit zu Disposition, ein Kernstück der bilateralen Verträge mit der Europäischen Union, die 2000 noch mit grossem Mehr angenommen wurden. Ein Donnerschlag, der rechtfertigt, dass auch die vorliegende Analyse sich – wie die Öffentlichkeit generell – ausschliesslich auf dieses Thema fokussiert.

Wovon die Zustimmung abhing, bzw. wer wie abgestimmt haben könnte, zeigt das Kantonsresultat alleine nicht. Oft helfen diesbezüglich aber die unterschiedlichen Detailergebnisse aus den 170 Gemeinden des Kantons weiter. Da auch sozial oder ideologisch-politisch unterschiedliche Gruppen der Bevölkerung räumlich ungleich verteilt sind, kann die Kombination von Abstimmungsergebnissen mit gemeindeweise verfügbaren Indikatoren in einer sogenannten Aggregatsdatenanalyse Aufschluss über das Abstimmungsverhalten geben.<sup>1</sup> Über die Personenfreizügigkeit wurde zudem bereits mehrfach abgestimmt. Die Querschnittsanalyse kann so ergänzt werden durch eine dynamische Perspektive, die nach den Ursachen des Sinneswandels fragt. Denn obschon die Personenfreizügigkeit mit der EU im Kanton Zürich noch knapp mehrheitsfähig war – von den 70% Zustimmung für die bilateralen Verträge vor 14 Jahren sind die 53% vom 9. Februar weit entfernt.

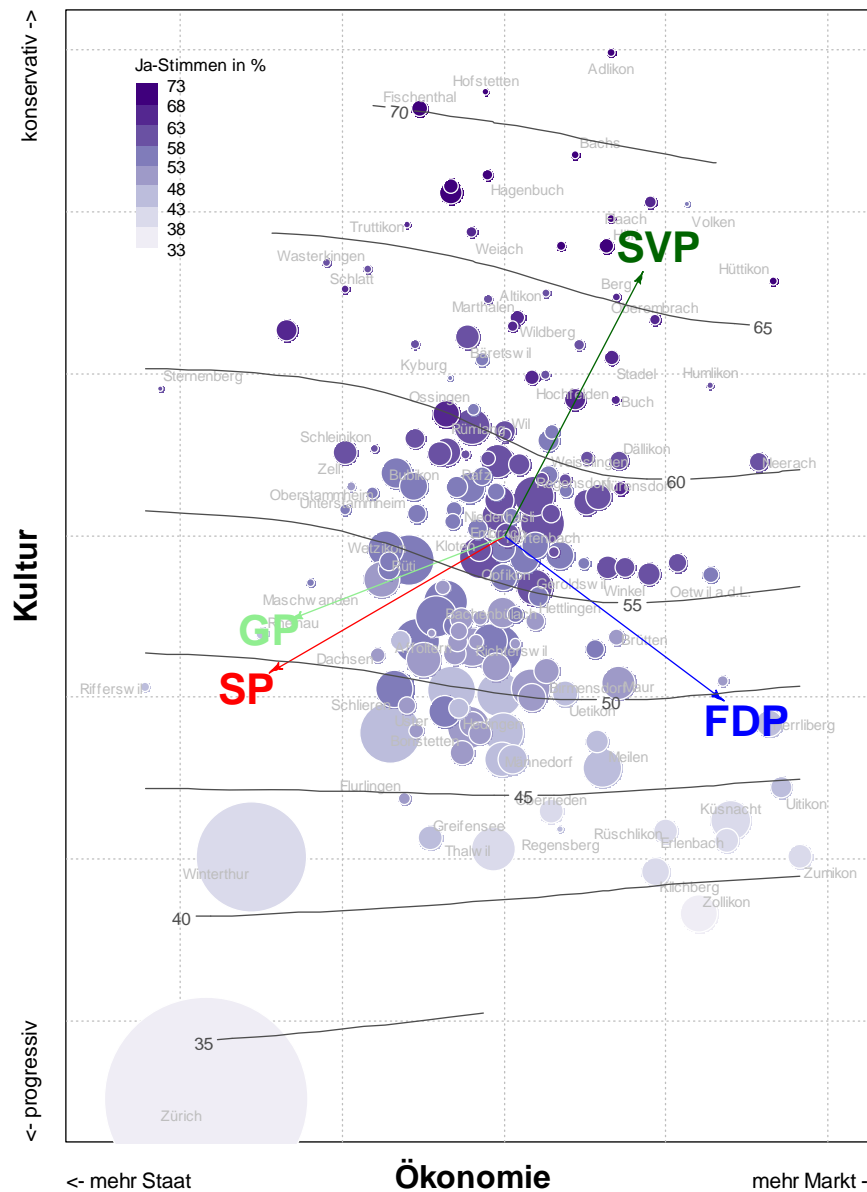
<sup>1</sup> Bei jeder Aggregatsdatenanalyse auf Gemeindeebene besteht die Gefahr, in die Falle der sogenannten "ecological fallacy", des ökologischen Fehlschlusses, zu tappen. Nur eine Nachbefragung kann zeigen, welche Stimmbürger wie abstimmten. Dennoch sind die Erkenntnisse einer umsichtig interpretierten Aggregatsdatenanalyse brauchbar – denn die Erfahrung lehrt, dass die Resultate der beiden Analysemethoden, soweit vergleichbar, oft übereinstimmen.

## Progressive versus Nationalkonservative

Das regionale Polarisierungsmuster, welches durch die Initiative aktiviert wurde, ist aus Grafik 1 ersichtlich, in der die kommunalen Abstimmungsergebnisse in der Konfiguration der politischen Landschaft des Kantons veranschaulicht sind.

Grafik 1: Zustimmung zur Masseneinwanderungsinitiative in der politischen Landkarte

Gemeinden des Kantons Zürich, Ja-Stimmenanteile der Masseneinwanderungsinitiative in % (Blasenfärbung, Niveaulinien)



Lesehilfe: In der Grafik ist der Ja-Stimmenanteil einerseits durch die Blasenfärbung dargestellt, andererseits aber, stark vereinfacht, wie in einer geographischen Karte durch Niveaulinien, die auf einem "Generalisierten Additiven Modell" (GAM) beruhen. Die Parteipfeile zeigen in Richtung zunehmenden Wähleranteils im Koordinatensystem der politischen Landkarte, welche die Resultate eidgenössischer Urnengänge der Jahre 2010-2013 bündelt (Siehe dazu Moser 2005).

Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich.

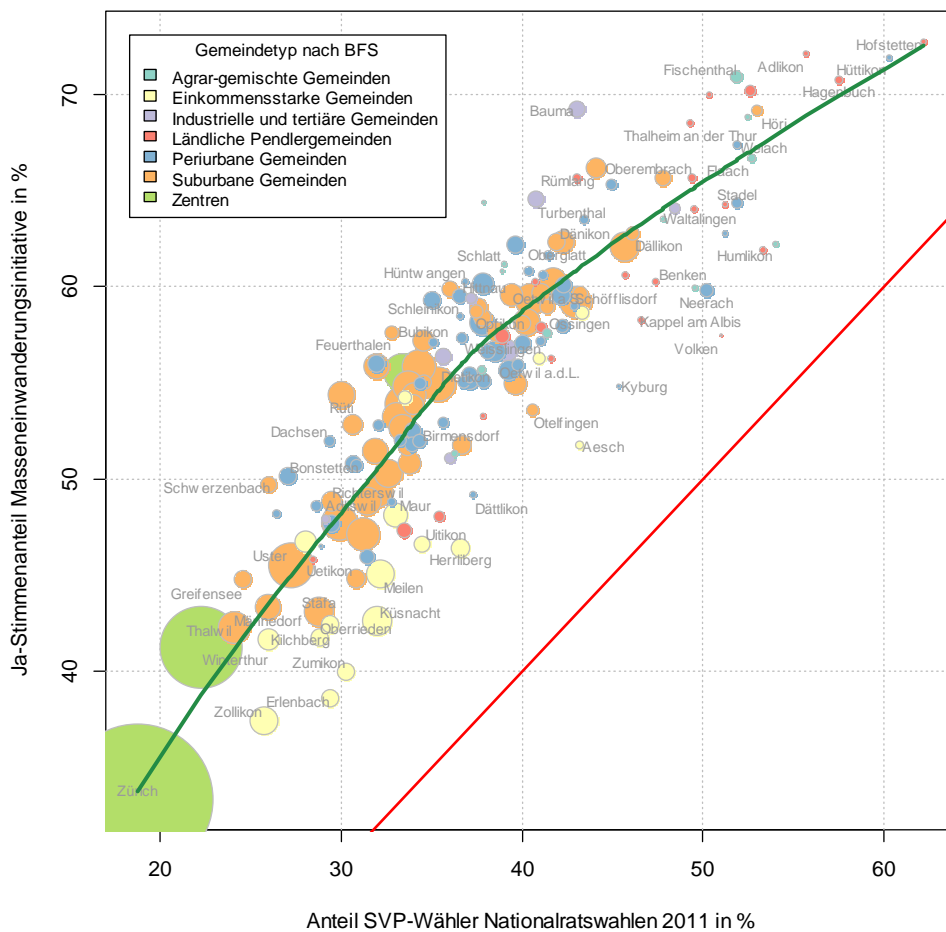
Der Gradient der Zustimmung verläuft klar entlang der Vertikalen, jener Hauptachse, welche die Zürcher Gemeinden nach ihrer Haltung in grundsätzlichen kulturellen Wertfragen einordnet. Die Spanne reicht vom progressiven Pol, der Stadt Zürich (Ja-Stimmenanteil 33%), bis zu den Weinländer Landgemeinden Adlikon und Hofstetten am äussersten konservativen

Ende der Achse, wo die Zustimmung über 72% betrug. Bedeutungslos für das Ausmass der Zustimmung ist die zweite, horizontale Achse. Der Konflikt über die Rolle von Markt und Staat spielte bei dieser Abstimmung kaum eine Rolle. Obschon im Abstimmungskampf von den Gegnern wesentlich auch mit wirtschaftlichen Argumenten gefochten wurde: hier ging es um die kulturelle Identität und nicht um ökonomische Verteilung.

Parteimässig ist der konservative Pol mit der SVP identifiziert. Grafik 2 verknüpft deshalb das Abstimmungsresultat mit dem SVP-Wähleranteil. Auch dieser Zusammenhang ist unzweideutig: Je höher der SVP-Wähleranteil (in den Nationalratswahlen 2011), desto grösser war auch die Zustimmung zur Masseneinwanderungsinitiative. Mit anderen Worten: Kennt man den SVP-Wähleranteil einer Gemeinde, so kann man das Resultat der Initiative beinahe punktgenau abschätzen.<sup>2</sup>

Grafik 2: Masseneinwanderung und SVP-Wähleranteil

Gemeinden des Kantons Zürich, Wähleranteil der SVP in den Nationalratswahlen 2011 in %, Ja-Stimmenanteil der Masseneinwanderungsinitiative in %



Lesehilfe: Lügen die Gemeinden in der Gegend der roten Linie, entspräche der Ja-Stimmenanteil etwa dem SVP-Wähleranteil. Die grüne Linie zeigt, wie weit der Ja-Stimmenanteil im Durchschnitt darüber lag. Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

### Beteiligungseffekt zugunsten der Initiative wahrscheinlich

Angesichts dieses starken Zusammenhangs ist es naheliegend, dass die SVP-Wählerschaft ziemlich geschlossen für die Initiative gestimmt hat – nicht überraschend legen dies auch die Resultate der Befragungen im Vorfeld der Abstimmung nahe (gfs 2014). Grafik 2 macht

<sup>2</sup> Passt man ein einfaches lineares Regressionsmodell an, das die beiden Grössen in einen mathematischen Zusammenhang bringt, so beträgt der Schätzfehler im Schnitt bloss 3 Prozentpunkte, der maximale Fehler beträgt +/- 10 Prozentpunkte.

aber auch deutlich, dass der Anteil der Befürworter der Initiative jenen der SVP-Wählerschaft in allen Gemeinden klar überstieg: im Schnitt um etwa 17%. Die Frage, woher sich diese zusätzlichen Befürworter parteimässig rekrutierten, können wir nicht beantworten. Auf Aggregatsebene schlüssige Zusammenhänge mit den Wähleranteilen anderer grosser Parteien bestehen nicht.

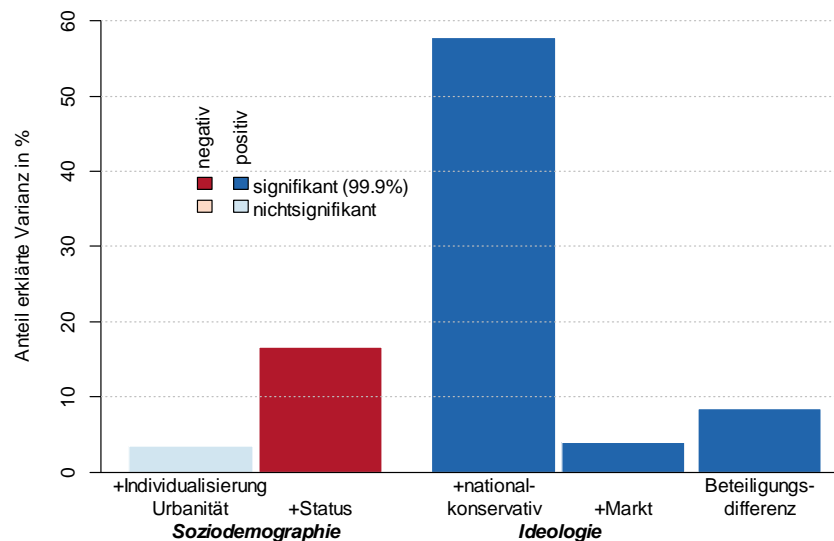
Was die Daten hingegen nahelegen, ist ein Beteiligungseffekt, der sich zugunsten der Initiative ausgewirkt hat. Die Stimmbeteiligung bei der Masseneinwanderungsinitiative war ausserordentlich hoch: sie lag rund einen Viertel über dem mehrjährigen Mittel (2010-2013), das für eidgenössische Vorlagen 46% beträgt. Die Differenz zum jeweiligen langjährigen Mittel auf Gemeindeebene war dabei sehr unterschiedlich. Dort, wo die Beteiligung stark zunahm, schnitt auch die Initiative besser ab als dort, wo sich, verglichen mit einer normalen Abstimmung, weniger Personen zusätzlich an die Urne begaben. Dieser Zusammenhang bleibt auch dann bestehen, wenn man andere relevante Faktoren kontrolliert (siehe Grafik 3 im nächsten Abschnitt). Man kann also davon ausgehen, dass das zusätzlich zu den regelmässigen Teilnehmern mobilisierte Potential eher nationalkonservativ ausgerichtet war. Einen derartigen Effekt gab es im Übrigen auch bei der Minarettinitiative der SVP (siehe Moser 2009). Dass eine hohe Beteiligung in der Regel dem nationalkonservativen Lager nützt, ist plausibel, denn das soziodemographische Profil des seltenen Gelegenheitsurnengängers entspricht nach allem, was man darüber weiss, eher demjenigen konservativ eingestellter Stimmbürger (Moser 2010).

### Geringe Bedeutung der Soziodemographie

Zu den ersten Erkenntnissen im Nachgang der Abstimmung gehörte das Paradoxon, dass dort, wo der Problemdruck durch die „Masseneinwanderung“, der vielbemühte „Dichtestress“, am geringsten ist, nämlich in den ländlichen Gebieten, die Zustimmung für die Initiative am höchsten war.

### Grafik 3: Einflussfaktoren der Zustimmung zur Initiative

Resultate eines multivariaten linearen Regressionsmodells des Ja-Stimmenanteils der Masseneinwanderungsinitiative, Gemeinden des Kantons Zürich (n = 170), insgesamt erklärte Varianz ( $R^2$ ) =90%



Lesehilfe: Die Höhe der Säulen zeigt die relative Bedeutung der vier Einflussfaktoren in Prozent der Gesamtvarianz der abhängigen Variablen, d.h. des Ja-Stimmenanteils der Masseneinwanderungsinitiative. Als Mass für die Effektstärke der Variablen wird die „lmg“-Metrik verwendet (Grömping 2007, 2009). Die Farbe zeigt, ob der Zusammenhang **positiv** (je mehr, desto mehr) oder **negativ** (je mehr, desto weniger) ist. Die Intensität der Farbgebung lässt erkennen, ob ein Zusammenhang statistisch signifikant ist.

Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich.

Die Analyse der Resultate mit unserem Standardregressionsmodell zeigt, welche Gemeindefeatures mit der Zustimmung zusammenhängen (Grafik 3). Dieses Modell berücksichtigt

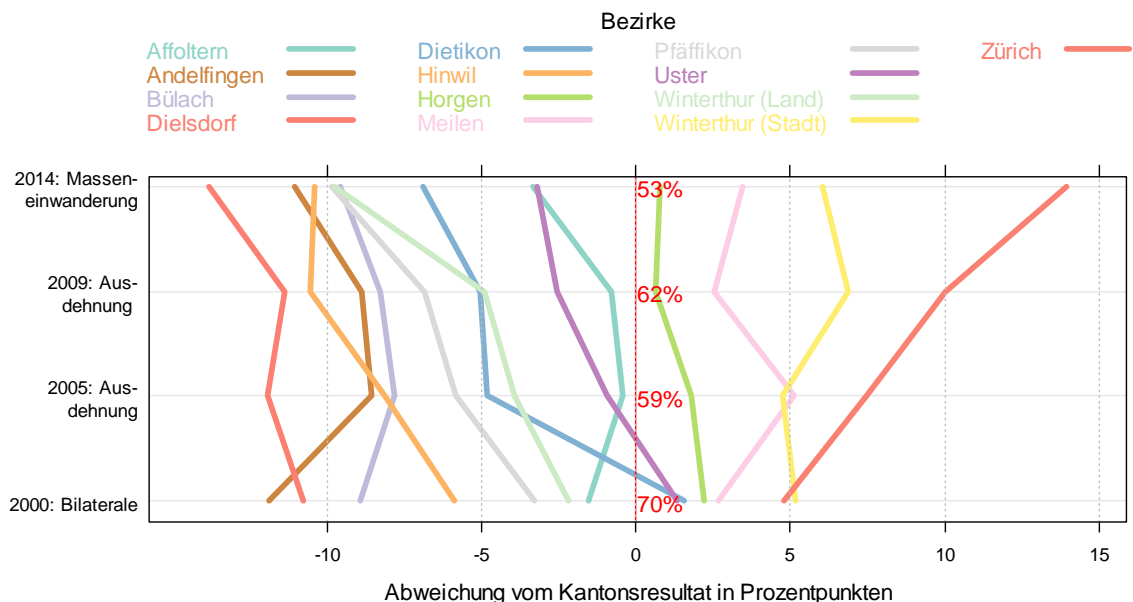
die Position der Stimmbevölkerung der Gemeinden in der zweidimensionalen politisch-ideologischen Landschaft des Kantons (siehe Moser 2005, 2011 und Grafik 1) wie auch zwei wesentliche sozialräumliche Strukturmerkmale, den sozialen Status und die Lebensform der Gemeindebevölkerung, d.h. ob die Verhältnisse eher städtisch-urban oder dörflich sind.<sup>3</sup>

Grafik 3 bestätigt zum einen die bereits in Grafik 1 evidente, klar dominante Bedeutung der kulturellen Ideologieachse, zeigt aber auch, dass die Urbanität bzw. Ländlichkeit (die als Messgrösse u.a. den Ausländeranteil umfasst) im Kanton Zürich als Erklärungsfaktor eine sehr untergeordnete Bedeutung hat.<sup>4</sup> Von den soziodemographischen Faktoren hat nur der Status eine gewisse Relevanz für die Zustimmung zur Masseneinwanderung: In statushohen Gebieten war die Zustimmung *ceteris paribus* geringer als in den statustiefen. Auch hier kann man davon ausgehen, dass dieser Befund einen Sachverhalt auf Individualebene reflektiert: Gemäss der Vorabstimmungsanalyse des gfs-Instituts (2014) war die Zustimmung zur Initiative unter den Gutverdienenden geringer als unter den Personen mit kleinen Einkommen.

### Unterschiedliche Entwicklung der Haltung zur Personenfreizügigkeit

Wirklich überraschend sind die Erkenntnisse nicht, die sich aus einer statischen Perspektive ergeben. Wie sieht es aus, wenn man die Einstellungsveränderungen einbezieht? Die Personenfreizügigkeit wurde durch die Volksabstimmung über die Bilateralen Verträge mit der EU im Jahr 2000 eingeführt. In der Zwischenzeit wurde zweimal über deren Ausweitung (2005 auf die damals neuen Mitgliedsländer im ehemaligen Ostblock sowie Malta und Zypern, 2009 auf Rumänien und Bulgarien) abgestimmt. Zusammen mit der Masseneinwanderungsinitiative liegt so eine Reihe von Abstimmungen vor, bei denen es zwar jeweils nicht genau um dasselbe ging, deren gemeinsamer Nenner aber die Personenfreizügigkeit war. Die Zustimmung dafür im Kanton lag 2000 bei 70%, sank dann in den beiden Urnengängen der Nuller-Jahre auf etwa 60%; 2014 wurde sie noch von den 53% der Urnengänger befürwortet, welche die Masseneinwanderungsinitiative ablehnten.

Grafik 4: Haltung zur Personenfreizügigkeit in den Bezirken 2000-2014  
Differenz der Ja-Stimmenanteile zum jeweiligen kantonalen Resultat in Prozentpunkten. Bei der Masseneinwanderungsinitiative sind die Nein-Stimmenanteile dargestellt.



Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

<sup>3</sup> Die Motivation und die Variablen des Modells sind in Moser 2009 ausführlich beschrieben. Anwendungen finden sich in den meisten Zürcher Abstimmungsanalysen seither.

<sup>4</sup> Dies gilt im Übrigen selbst dann, wenn man die anderen Faktoren nicht kontrolliert. Auch im bivariaten Streudiagramm ist kein klarer Zusammenhang zwischen den beiden Grössen sichtbar.

Wie sich die Ja-Stimmenanteile in den Bezirken entwickelt haben, zeigt Grafik 4. Um die relativen Bewegungen der Teilregionen des Kantons deutlich herauszustellen, ist nicht die absolute Zustimmung zur Personenfreizügigkeit dargestellt, sondern die Abweichung vom kantonalen Resultat (in Grafik 4 rot eingezeichnet).

Auffällig ist zunächst die Sonderentwicklung der Stadt Zürich. Zwar hat auch dort die Zustimmung seit dem Jahr 2000 um 8 Prozentpunkte abgenommen: Diese Reduktion ist aber deutlich geringer als die Veränderung des Kantonsresultats (-17 Prozentpunkte) im selben Zeitraum; verglichen damit ist die Stadt Zürich 2014 deutlich positiver eingestellt (+9 Prozentpunkte). In einigen Bezirken entwickelte sich die Zustimmung mehr oder weniger im Gleichschritt mit dem Kantonsmittel. Auf der überdurchschnittlichen Seite gilt dies etwa für die beiden Seeufer (Bezirke Horgen und Meilen), aber auch für die Stadt Winterthur. In den eher ländlichen Bezirken Andelfingen, Bülach und Affoltern ist die Zustimmung zwar in allen vier Urnengängen unter dem Kantonswert. Sie nähert sich in diesen Bezirken zwischenzeitlich dem Kantonsmittel zwar etwas an, ist aber 2014 wieder auf demselben relativen Niveau: Der Bezirk Andelfingen, die Hochburg der SVP, nähert sich dem Kantonsmittel sogar geringfügig an (+0.8 Prozentpunkte).

Interessant sind aber vor allem jene Bezirke, in denen die Zustimmung deutlich stärker als im Kanton insgesamt abgesackt ist und die entsprechend auch überdurchschnittlich zur Verringerung der gesamten Zustimmung beigetragen haben. In den Bezirken Dietikon und Uster war die Zustimmung zur Personenfreizügigkeit 2000 noch über dem Kantonswert: 2014 ist sie klar unterdurchschnittlich. In Dietikon ist sie um 8.5 Prozentpunkte tiefer, in Uster um 4.5 Prozentpunkte. Kontinuierliche Abwärtsbewegungen in einem ähnlichen Ausmass gibt es auch in den Bezirken Pfäffikon, Hinwil und in den Landgemeinden des Bezirks Winterthur. In diesen Gebieten war die Akzeptanz der Personenfreizügigkeit freilich bereits 2000 geringer als im gesamten Kanton.

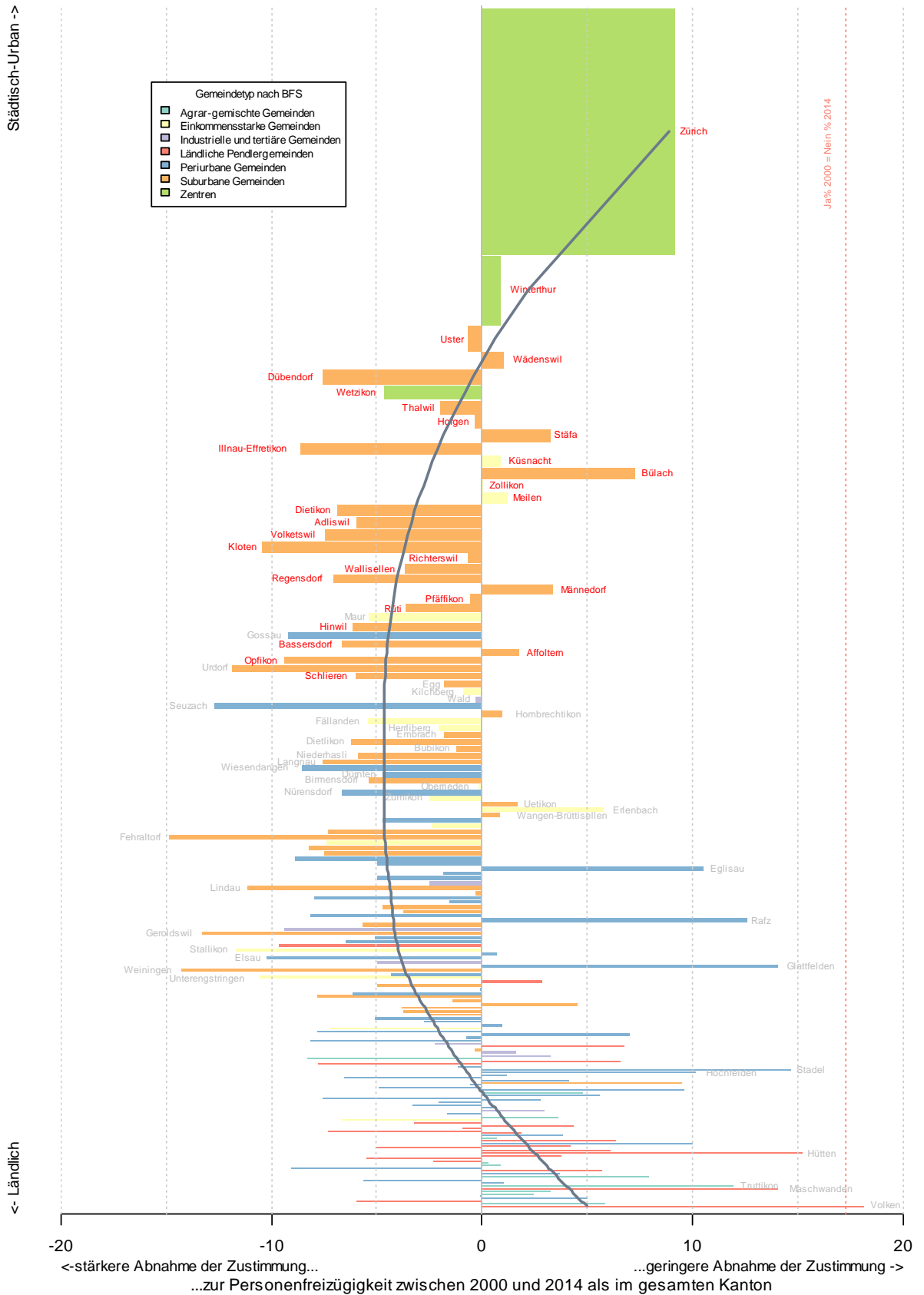
Die Abwärtsdrift der Zustimmung zur Personenfreizügigkeit im Kanton Zürich muss also nuanciert betrachtet werden, die Geometrie der Haltungen in den Teilgebieten verändert sich. Die Stadt Zürich, mit ihrem erheblichen Gewicht für das kantonale Resultat, bremst die Talfahrt. Die reichen Seeufer, und die seit jeher konservativen Landbezirke bewegen sich etwa wie der Kanton insgesamt. Beschleunigt ist der Abwärtstrend dazwischen, im Siedlungsbrei der Agglomerationen: im Limmattal, im Glatttal, in der Agglomeration Winterthur.

Die suburbane Sonderentwicklung...

Die Bezirke sind historisch geprägte Gebietseinheiten, die heute in Teilräume mit sehr unterschiedlichen Gesellschafts- und damit auch Siedlungsstrukturen zerfallen. Eine Analyse auf dieser Ebene verwischt deshalb bestehende Unterschiede. Um das Auflösungsvermögen zu erhöhen ist in Grafik 5 die Entwicklung der Haltung zur Personenfreizügigkeit in den kleinsten Raumeinheiten, die für unsere Aggregatsdatenanalyse zur Verfügung stehen, den Gemeinden, dargestellt. Die Zahl der Untersuchungseinheiten vermehrt sich dadurch stark; gegenüber Grafik 4 wird die Darstellung aber insofern stark vereinfacht, als jeweils nur die Differenz der Abweichung vom Kantonsresultat zwischen 2000 und 2014 dargestellt ist: So ist auf einen Blick ersichtlich, dass beispielsweise die Zustimmung in der Stadt Zürich weniger stark abgenommen hat als jene im Kanton insgesamt.

Die Darstellung in Grafik 5 trägt zudem der Tatsache Rechnung, dass die Auswirkungen eines kommunalen Sinneswandels auf das kantonale Gesamtergebnis sehr unterschiedlich sind. Eine starke Entwicklung in einer grossen Agglomerationsgemeinde mit Tausenden von Abstimmungsteilnehmern ist für das kantonale Schlussresultat viel relevanter als dieselbe relative Entwicklung in einer Weinländer Kleinstgemeinde mit nur wenigen Dutzend Urnengängern. Die Gemeinden sind deshalb nach der Zahl der Abstimmungsteilnehmer am vergangenen Sonntag geordnet, und die Balkenbreite ist überdies proportional zu dieser Grösse. Weil die Bevölkerungszahl – und damit in etwa auch die Zahl der Urnengänger – einer Gemeinde ein guter Indikator für deren Urbanitätsgrad ist, sind die Gemeinden von oben nach unten auch mehr oder weniger nach diesem Kriterium geordnet.

Grafik 5: Entwicklung der Haltung zur Personenfreizügigkeit 2000-2014  
 Gemeinden des Kantons Zürich;  $(\text{Nein}\%_{2014_{\text{Gemeinde i}}} - \text{Nein}\%_{2014_{\text{Kanton}}}) - (\text{Ja}\%_{2000_{\text{Gemeinde i}}} - \text{Ja}\%_{2000_{\text{Kanton}}})$



Lesehilfe: Siehe Haupttext, S. 6. Stadtgemeinden (10'000+ Einwohner 2012) sind rot beschriftet, die übrigen Gemeinden mit mehr als 2'000 Abstimmungsteilnehmern sowie von den kleineren jene mit mehr als +10 Prozentpunkten Abweichung von der kantonalen Veränderung grau.  
 Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

Grafik 5 zeigt auf einen Blick, wo die Zustimmung überdurchschnittlich stark zurückging – und wo dieser Rückgang für das Kantonsresultat auch ins Gewicht fällt: es sind die grossen suburbanen Gemeinden der Agglomeration Zürich, wo die Akzeptanz gehäuft stark abnimmt: Dübendorf, Effretikon, Dietikon, Adliswil, Urdorf, Opfikon seien als Beispiele genannt. Wie immer gibt es auch Ausnahmen, wie z.B. Bülach, Stäfa oder Wädenswil. Die Tendenz, die durch die Glättungskurve angezeigt wird, ist aber klar. Ganz am anderen Ende der Verteilung, in den grösstenteils sehr ländlichen und peripheren Kleingemeinden, verläuft die Entwicklung im Schnitt sogar in dieselbe Richtung wie in Zürich und Winterthur. Als Kuriosum verdient in diesem Zusammenhang Volken Erwähnung, die kleinste Gemeinde des Kantons, wo am vergangenen Sonntag 117 Urnengänger zur Masseneinwanderungsinitiative Stellung nahmen. Dort war der Nein-Stimmenanteil für letztere sogar etwas höher als der Ja-Stimmenanteil für die Bilateralen im Jahr 2000. Der Grund dafür ist im Übrigen nicht, wie man vermuten könnte, dass nach unten kein Spielraum mehr bestanden hätte; Im Jahr 2000 lag der Ja-Stimmenanteil in Volken bei 42%, er sank damals nirgends im Kanton unter 38% (in Stadel).

... und deren Ursachen

Der in Grafik 5 dargestellte Sachverhalt liefert Erklärungsansätze für die Ursachen des Sinneswandels zur Personenfreizügigkeit. Zwar war der Rückgang der Akzeptanz (beinahe) flächendeckend, in seiner Intensität aber doch sehr unterschiedlich. Zusammengebrochen ist die Zustimmung zur Personenfreizügigkeit zumal in den stimmenstarken suburbanen Stadtgemeinden. Es handelt sich dabei um dieselben Gebiete, in denen die SVP in den vergangenen 30 Jahren besonders stark gewachsen ist. Obschon dieses Wachstum vor allem in den 1990er Jahren stattfand und der Wähleranteil der SVP zwischen 2003 und 2011 gesamtkantonal um beinahe 5 Prozentpunkte abgenommen hat, besteht auch in diesem Zeitraum ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Abnahme der Zustimmung zur Personenfreizügigkeit und der Zunahme des SVP-Wähleranteils.

Das starke Wachstum der SVP in den grossen Agglomerationsgemeinden seinerseits kann durch einen hohen gesellschaftlichen Problemdruck erklärt werden (siehe dazu Moser 2005). Setzt man die entsprechenden Indikatoren (z.B. durchschnittliche Arbeitslosenquote, Ausländeranteil, Sozialhilfequote) direkt in Beziehung zur Entwicklung der Zustimmung zur Personenfreizügigkeit seit 2000, so ergeben sich signifikante Zusammenhänge, die zwar nicht eben stark sind, aber doch robust: Die Zustimmung zur Personenfreizügigkeit verringerte sich umso stärker, je höher der soziale Problemdruck ist – und am grössten ist dieser tendenziell wiederum in den suburbanen Stadtgemeinden.

Die genauere Analyse des Resultats der Masseneinwanderungsinitiative aus einer diachronen Entwicklungsperspektive führt also zu etwas anderen Schlüssen als die statische, die im Grunde genommen wenig aussagekräftig ist. Auch diese Analyse hat selbstverständlich vorläufigen, skizzenhaften Charakter, und sie bezieht sich auf den Kanton Zürich, kann also nicht unesehen verallgemeinert werden. Die da und dort medial kolportierte simple Deutung des Resultats der Masseneinwanderungsinitiative als Sieg arkadisch-ahnungsloser Hinterwäldler über dichtestressresistente Städter ist aber zu hinterfragen.

Fazit

Stark verkürzt ist die Botschaft der Glätterkurve in Grafik 5, dass die Zustimmung zur Personenfreizügigkeit in jenen Gebieten überdurchschnittlich zurückging, die identitätsmässig weder ganz zweifellos Stadt sind, aber auch nicht mehr fraglos Land. An letzteren Polen der Urbanitätsskala verringerte sich die Zustimmung zwar auch: jedoch längst nicht so ausgeprägt wie im Zwischenraum der Agglomeration.

Mögliche Gründe wurden oben genannt. Eine wichtige Rolle spielt aber auch, dass die Zusammensetzung der Bevölkerung in einem bestimmten Gebiet langfristig das Resultat eines Selbstselektionsprozesses darstellt – gerade heute, wo die Mobilität der Wohnortwahl hoch ist.



Ein dichtes, hochurbanes Umfeld setzt eine Offenheit und Toleranz gegenüber dem Fremden voraus. Zum Wesen einer lebendigen, dynamischen Grossstadt gehört die hohe Interaktionsdichte zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft und divergierender Interessen. Erst Reibung erzeugt Wärme: Sie könnte ihre Funktion als Brennpunkt der Innovation gar nicht erfüllen, wäre sie kein Schmelztiegel. Wer dagegen Vorbehalte hat, hält es nicht lange aus. Nun ist die Stadt Zürich keineswegs flächendeckend Grossstadt: Es ist kein Zufall, dass sich der Kreis zwölf, Schwamendingen, politisch ähnlich wie die suburbanen Gemeinden verhält. Dort wo sie es aber ist, in der Innenstadt, leben – und stimmen – „echte“ Städter.<sup>5</sup>

„Wo man hingehört“, weiss man aber auch in den sehr ländlichen, zum Teil noch fast agrarisch geprägten Gebieten. Die seit jeher ansässige Bevölkerung, die traditionelle Stammwählerschaft der früheren BGB und heutigen SVP ist konservativ – wer es nicht ist, zieht tendenziell weg. Dass die Zustimmung zur Personenfreizügigkeit gerade in den peripheren Gemeinden weniger stark abnahm als anderswo, hat wohl weniger mit einem individuellen Sinneswandel, sondern vielmehr damit zu tun, dass es im Kanton Zürich kaum mehr rurale Gemeinden in Reinform gibt. Stadtflüchtige Zuwanderer haben sich beinahe überall angesiedelt;<sup>6</sup> sie mögen zwar als solche konservativer sein, als jene, die in der Stadt bleiben – sie sind aber progressiver als die angestammte Landbevölkerung. Der Bevölkerungsmix in den Landgemeinden ist wohl vor allem deshalb in der Tendenz progressiver geworden.

Bleibt die breite suburbane, bevölkerungsstarke Zwischenzone im Norden und Osten Zürichs.<sup>7</sup> Verkehrsmässig gut erschlossen durch Auto- und S-Bahn, arbeiten ihre Bewohner oft in der Stadt, sie „leben“ aber nicht dort, sie sind mentalitätsmässig keine Städter. Dichte erleben sie auf der Autofahrt zum Arbeitsplatz im Stau oder in den Stosszeiten auf der S-Bahn tagtäglich – auch wenn deren Ausmass im internationalen Vergleich wohl nach wie vor eher bescheiden ausfällt. Anonymität, löcherige soziale Netzwerke und verunsichernd rascher Wandel prägen heute aber auch die Vorstadt. Von Städtern als selbstverständliche Korrelate des Urbanen toleriert, wenn nicht sogar gesucht, werden diese Begleiterscheinungen der Globalisierung hier tendenziell als bedrohlich empfunden. Das intensive Wachstum der „neuen“ SVP mit ihrem Deutungsangebot und ihren Lösungsvorschlägen kommt gerade in diesen Gebieten nicht von ungefähr.

Die Ausdehnung von Suburbien in den vergangenen fünfzig Jahren schafft so nicht nur Raumplanungs- Ressourcen- und Mobilitätsprobleme, die erst seit wenigen Jahren ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gedrungen sind: Es ist nicht auszuschliessen, dass die mentalitätsmässigen Folgen genau so schwerwiegend sind.

<sup>5</sup> Die, wie Zimmerli (2014) zeigt, auch mit einer Erhöhung der Dichte kein Problem hätten (siehe Tages-Anzeiger vom 13.2.1014).

<sup>6</sup> Nicht umsonst werden die meisten Zürcher Gemeinden ausserhalb der Agglomerationen vom Bundesamt für Statistik als „ländliche Pendlergemeinden“ klassiert, deren Bewohner also zu einem wesentlichen Teil in einem Zentrum arbeiten – und dies bereits im Jahr 2000, auf das sich die in Grafik 5 verwendete Zuordnung noch immer bezieht. Das beinahe flächendeckende zu- und binnenwanderungsgetriebene Bevölkerungswachstum seither hat diese Homogenisierung beschleunigt (siehe dazu auch Moser 2005),

<sup>7</sup> Die stadtnahen Gemeinden des „Speckgürtels“ an den Gunstlagen der Seeufer sind im Prinzip auch suburban. Sie stellen aber aufgrund ihrer völlig anderen Bevölkerungsstruktur – insbesondere was den Sozialstatus betrifft – Spezialfälle dar.

## Literatur

- gfs (2014). Vorabstimmungsanalyse zur eidg. Abstimmung vom 9. Februar 2014, Zweite Trendstudie im Auftrag der SRG SSR.
- Grömping, Ulrike (2007). Estimators of Relative Importance in Linear Regression Based on Variance Decomposition. *The American Statistician* 61, 139-147.
- Grömping, Ulrike (2009). Variable Importance Assessment in Regression: Linear Regression Versus Random Forest. *The American Statistician* 63, 308-319.
- Moser, Peter (2005). Politik im Kanton Zürich – eine Synthese. statistik.info 2005/15, Statistisches Amt des Kantons Zürich.
- Moser, Peter (2009). Minarettinitiative und Regierungsratsersatzwahl – Eine Analyse der Zürcher Gemeinderesultate der Abstimmungen vom 29.11.2009. statistik.info 2009/12, Statistisches Amt des Kantons Zürich
- Moser, Peter (2010). Wer wählt wen im Kanton Zürich? Soziale Herkunft und politische Haltungen der Parteiwählerschaften. statistik.info 9/2010, Statistisches Amt des Kantons Zürich.
- Moser, Peter (2011). „Wie der Kanton Zürich politisch funktioniert“. *Neue Zürcher Zeitung*, 8.3.2011.
- Zimmerli, Joelle (2014) Akzeptanz städtischer Dichte: Erwartungen und Prioritäten zum Wohnen in der Stadt Zürich. [www.zimraum.ch](http://www.zimraum.ch). Zürich.

Das Statistische Amt des Kantons Zürich ist das Kompetenzzentrum für Datenanalyse der kantonalen Verwaltung. In unserer Online-Publikationsreihe „statistik.info“ analysieren wir für ein breites interessiertes Publikum wesentliche soziale und wirtschaftliche Entwicklungen im Kanton und Wirtschaftsraum Zürich. Unser Newsletter „NewsStat“ informiert Sie über unsere Neuerscheinungen in der Reihe "statistik.info" sowie über die Neuigkeiten in unserem Webangebot.

Fragen, Anregungen, Kritik?

Verfasser: Dr. Peter Moser  
Telefon: 043 259 75 35  
E-Mail: [peter.moser@statistik.ji.zh.ch](mailto:peter.moser@statistik.ji.zh.ch)

Statistisches Amt des Kantons Zürich  
Schöntalstrasse 5  
8090 Zürich

Telefon: 043 259 75 00

E-Mail: [datashop@statistik.zh.ch](mailto:datashop@statistik.zh.ch)

[www.statistik.zh.ch](http://www.statistik.zh.ch)

© 2014 Statistisches Amt des Kantons Zürich, Abdruck mit Quellenangabe erlaubt.